

# Entwickelt das demokratische Staatsbewußtsein

## IN DER VERWALTUNG!

Die Entwicklung des staatlichen Bewußtseins, die Erziehung zum fortschrittlich demokratischen Denken und Handeln findet in der Verwaltung noch zu wenig Beachtung. Die werktätige Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterklasse hat in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, wie bei ihr das demokratische Staatsbewußtsein, die Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik gewachsen ist. Deshalb ertönte ihr lauter Protest gegen die reaktionären Elemente wie Dr. Hickmann, der dieses Bewußtsein durch die Propaganda „Neutralität“ zu untergraben suchte, oder Dr. Schöne, der durch seine Hetze gegen unsere staatlichen Maßnahmen das demokratische Bewußtsein zu untergraben versuchte.

### Demokratisches Staatsbewußtsein verlangen wir aber besonders von den Angestellten der öffentlichen Verwaltung.

Haltung und Tätigkeit der Angestellten muß ein ständiges Bekenntnis zur Deutschen Demokratischen Republik sein. Die Sorglosigkeit und Duldsamkeit der Angestellten gegenüber „Kollegen“ mit reaktionärer Einstellung muß überwunden werden. Gegen solche Elemente, die nichts anderes als die fünfte Kolonne darstellen, muß die Belegschaft Stellung nehmen, wie es im Fall Dr. Witte in Mecklenburg geschah. Minister Dr. Witte wurde als reaktionäres Element aus dem Apparat der staatlichen Verwaltung entfernt. Die Angestellten des Ministeriums hatten in einer Entschließung zu dem reaktionären Verhalten Dr. Wittes Stellung genommen und seine Entfernung gefordert. Diese Stellungnahme der Belegschaft hat dazu beigetragen, das Staatsbewußtsein bei den Angestellten der Regierung zu stärken. Die Entfernung eines reaktionären Elements wurde zum Ausgangspunkt für die Entwicklung eines demokratischen, d. h. des bewußt für die fortschrittliche Entwicklung kämpfenden Verwaltungskörpers.

### Ein „Arbeitswechsel“ und seine Gründe

Ein besonders stark ausgeprägtes demokratisches Staatsbewußtsein verlangen wir von den Erziehern unserer Jugend, den Lehrern.

Ein Beispiel aus der Bohndorfer Schule (Berlin) zeigt uns, wie man die fortschrittliche Entwicklung der Lehrer, das Staatsbewußtsein durch die Initiative der Massen zu fördern vermag.

An dieser Schule hatten zwei Lehrer gekündigt, um Schulstellen im Westsektor Berlins zu übernehmen. Beide Lehrer wohnen im Ostsektor und hatten sich den Anschein fortschrittlicher Gesinnung gegeben. Die Schulleitung veranlaßte die gesamte Lehrerschaft zur Stellungnahme. Der überwiegende Teil fand den „Arbeitswechsel“ der beiden Kollegen verständlich, und der Lehrer Homann erklärte sogar, er bedauere, daß sich ihm nicht auch die Möglichkeit einer besser bezahlten Arbeit biete! Politische Einsichten könnten nach seiner Meinung nicht immer ausschlaggebend sein. Der Lehrer Schwarz meinte im gleichen Sinne, daß ihm das Hemd näher sei als der Rock.

Es war erfreulich, daß die fortschrittlichen Kräfte dieser Schule dieses Ereignis zum Anlaß einer eingehenden politischen Aussprache machten. Sie konnten an Hand der „Gründe“ der beiden Lehrer nachweisen, daß hinter dem Arbeitswechsel nicht angebliche Verbesserung der materiellen Lage, sondern feindliche reaktionäre Einstellung

gegenüber der demokratischen Ordnung steckte. Der Lehrer Aßmus hatte sogar vor der Lehrerkonferenz Kinder seiner Klasse zu sich gerufen und ihnen mitgeteilt, daß es möglich sei, daß man ihn fortnehmen werde (die Propaganda der „Verschleppung“). Sie möchten doch dann zu ihm nach Hause fahren und seine Frau benachrichtigen.

Diese Vorgänge veranlaßten die Freunde der Neuen Schule zur Einberufung einer Elternversammlung, die von über 600 Personen besucht war. Diese Versammlung wurde zu einem Bekenntnis für die Nationale Front des demokratischen Deutschland, für den Kampf um die demokratische fortschrittliche Schule. Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen verurteilten einheitlich das Verhalten der beiden Lehrer und forderten von allen Lehrern ihrer Schule die Abgabe einer schriftlichen Erklärung, daß sie ihre pädagogische Arbeit mit dem Kampf um den Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft zu verbinden bereit seien. Bezirksrat Freyer konnte mitteilen, daß die Lehrer der Schule als Ergebnis weiterer Diskussionen das Verhalten der beiden Lehrer einmütig verurteilt hatten. Außer vier Anwesenden, die sich der Stimme enthielten, stimmten alle übrigen Teilnehmer einmütig der Entschließung zu. Dieses Beispiel muß Nachahmung finden.

### Als Sowjetfeind in die BGL gewählt...

Wie schwach entwickelt das demokratische Staatsbewußtsein in manchen Verwaltungsstellen ist, zeigten die Ergebnisse der BGL-Wahlen in einer Reihe von Verwaltungsstellen, insbesondere bei der Steuerverwaltung und bei der Justiz.

Beim Steueramt Stralsund wurde der Angestellte Röhn in die BGL gewählt und ihm sogar die Geschäfte des 1. Vorsitzenden übergeben. Es war bekannt, daß sich Röhn gegen das Arbeiter- und Bauernstudium und gegen die Bodenreform ausgesprochen und die Informationen unserer Regierung über die Heimkehrer aus der Sowjetunion als erlogen bezeichnet habe. Trotzdem sprachen sich bei einer Abstimmung 36 Stimmen gegen 26 bei 35 Stimmenthaltungen für Röhn aus. Auf Befragen gab dieser offen zu, daß man im Westen die Bodenreform noch nicht durchgeführt habe, da man nicht wisse, wie man die Gutsbesitzer entschädigen solle; und das halte er für rechtmäßig! Die Angaben unserer Regierung über die Gefangenziffer in der Sowjetunion glaube er deshalb nicht, weil der Hamburger Sender andere Zahlen genannt habe!

Es bedurfte nach Bekanntwerden dieser offen reaktionären feindlichen Einstellung erst der empörten Demonstration der Arbeiter der Volkswerft, um dieses Element aus der Verwaltung zu entfernen.

In Leipzig verlangte ein Stadtrat der CDU für seinen Schwiegersonn ein Zeugnis für gute und zuverlässige Arbeit. Dieser war als Statistiker bei der Stadtverwaltung beschäftigt gewesen, hatte einen Interzonenpaß beantragt und sich dann in Westdeutschland niedergelassen. Die Stadtverwaltung begnügte sich damit, die Ausstellung des Zeugnisses zu verweigern. Wäre es nicht richtiger gewesen, diesen Antrag in der gesamten Belegschaft zu behandeln? Muß man nicht aufzeigen, daß die Haltung des Stadtrates nur die Praxis der Theorie Hickmanns von der „Neutralität“ war?